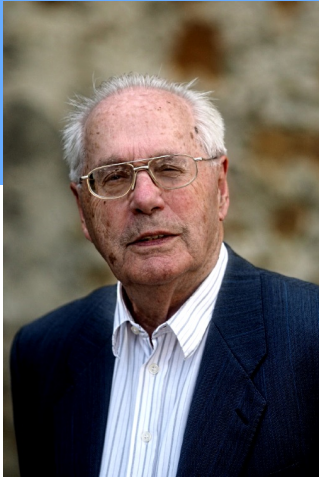


Keupers

kritischer

Kommentar



04-01-2018

April 2018

## Zur Personaldebatte in der SPD.

Gleich nach der Bundestagswahl, aufgrund des miserablen Wahlergebnisses, oder erst recht nach den heißen Diskussionen, ob wieder eine Große Koalition mit der CDU/CSU gebildet werden soll, ertönte auf allen Kanälen der Sozialdemokraten der Ruf nach einer Erneuerung der Partei, nicht nur hinsichtlich einer politischen Aussage, der politischen Darstellung, sondern insbesondere auch in der organisatorischen Aufstellung, in der Frage, der personellen Auswahl des Führungspersonals.

Als unerhört wurde zum Beispiel die Tatsache, dass der auf eigenen Wunsch ausscheidende Vorsitzende der Partei, Martin Schulz, was seine ursächliche Aufgabe sein sollte, Andrea Nahles als frisch gewählte Vorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion, zu seiner Nachfolgerin auserkoren hat und dem nachfolgenden Bundesparteitag als Parteivorsitzende vorschlug, und, da wichtige politische Entscheidungen anstanden meinte, sie als kommissarische Vorsitzende vorab einzusetzen. Ein Vorgang, der sowohl in der Politik, als auch in der Wirtschaft durchaus üblich ist, um einen reibungslosen Übergang der Funktionen zu gewährleisten.

Von Hinterzimmerpraktiken war bei vielen Genossinnen und Genossen die Rede, von einer Art Kungelei. Dabei ist bei jeder Personalwahlentscheidung, ob an der Basis auf Ortsvereins- oder Unterbezirksebene, oder bei Bezirks- oder Landesparteitagen üblich, dass vom scheidenden Vorstand eine Vorschlagsliste für den neu zu wählenden Vorstand erwartet wird, ja, es ist üblicherweise eine Art Pflicht und Aufgabe des scheidenden Vorstandes, solche Nachfolgeregelungen zu erarbeiten, welche er der Versammlung vorschlägt, aus deren Reihen jedoch gegebenenfalls Gegenvorschläge erfolgen können. Das häufig solches aus der Versammlung heraus unterbleibt, oder dass solche ggf. erfolgten Gegenvorschläge oft Schwierigkeiten haben in der nachfolgenden Abstimmung sich durchzusetzen, ist eine andere Seite der Medaille und kann nicht dem scheidenden Vorstand, sondern gegebenenfalls der Versammlung angelastet werden.

Der ausscheidende Vorsitzende Martin Schulz hat, mit seinem Vorschlag für die Nachfolge nur seine Aufgabe erfüllt, von einer Kungelei kann also folgerichtig gar keine Rede sein!

Wie zuvor beschrieben, die einzelnen Organisationsebenen bis hinab zu den Ortsvereinen, können geeignete Personen benennen, ja, sogar aus den Reihen der Versammlungsteilnehmer oder Delegierten können solche Gegenvorschläge während des Wahlvorgang-

ges noch erfolgen, über die dann in der entsprechenden Personenwahl entschieden wird.

### **Bundestagsdelegierte werden indirekt von der Basis gewählt.**

Da die Delegierten des Bundesparteitages von den zuständigen Parteiorganisationen, unter indirekter Mitwirkung der Basis durch den gewählten Delegiertenkreis der mittleren Organisationsstufe gewählt wurden, ist zumindest formell die Parteibasis an den Wahlscheidungen des Bundesparteitages beteiligt. Sie kann daher nicht behaupten, die Entscheidungen des Bundesparteitages würden nicht der Meinung der Parteibasis entsprechen. Ob sie bei der Auswahl ihrer Delegierten immer eine glückliche Hand hat, ist eine andere Frage, da muss die Parteibasis mal in sich gehen.

Da also der Delegiertenkörper des Bundesparteitages sich auf Vorentscheidungen bis hinunter zu den Basisorganisationen berufen kann, und die Delegierten frei und ohne Zwang entscheiden können, ist der Vorwurf der Kungelei innerhalb des Führungskaders der Partei bei der Nominierung von Andrea Nahles als Nachfolgerin des scheidenden Bundesvorsitzenden Martin Schulz gegenstandslos. Das bedeutet nicht, dass gegebenenfalls vorher Absprachen stattgefunden haben, denn Martin Schulz musste ja vorher erkunden, ob Andrea Nahles überhaupt antreten wollte. Wie ja in jeder demokratischen Abstimmung gewisse Konsultationen erforderlich sind. Die ganzen Aufregungen und entsprechende Diskussionen und Unterstellungen waren also unnötig und wenig förderlich.

### **Sondierungsgespräche sind grundsätzlich erforderlich.**

Auch für das Führungspersonal in der Regierung, welches nicht nur nach (politischer) Qualifizierung ausgesucht wurde, sondern auch unter geschlechtsspezifischen Gesichtspunkten und möglichst auch nach Regionalproporz, waren entsprechende Absprachen einschließlich Vorerörterungen innerhalb des Führungsstabes der Partei und der Fraktion erforderlich. Und auch der Bundesvorsitzende der Jungsozialisten und auch die Oberbürgermeisterin von Flensburg werden ohne vorherige Absprachen wohl nicht ihre Ämter bekommen haben. All diese Personen werden mit Recht sich dagegen verwahren, dass Kungeleien ihnen zu den Posten verholfen hätten.

Die ganzen Diskussionen über mögliche Absprachen bei der Nominierung von Andrea Nahles waren, wie zuvor beschrieben, sinnlos und gegenstandslos, ja sie waren im gewissen Sinne für die SPD parteischädigend und wurden von den Medien genussvoll ausgenutzt. Vertrauen wir wie bisher unseren Genossen in der Parteiführung, dass sie für die Partei das Beste tun wollen, und stehen wir trotz vielleicht hier und da vorhandener Meinungsverschiedenheit engagiert fest zusammen, für eine progressive und soziale Politik, für eine starke Sozialdemokratie.

In diesem Sinne,

Wörrstadt, den 16. April 2018

Heinrich Keuper